

Haushaltsrede zur Einbringung des Verwaltungsentwurfes zum Doppelhaushalt 2017/2018

Bürgermeister Günter Beck

Stadtrat Mainz am Dienstag, 4. Oktober 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Dienstag, 4. Oktober 2016, 15:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste, Besucherinnen und Besucher!

In drei Minuten werde ich meine Haushaltsrede nicht schaffen, aber das wäre der Thematik und Bedeutung auch nicht gerecht, immerhin reden wir über Einnahmen in Höhe von rund 650 Mio. EUR und Ausgaben von rund 680 Mio. EUR.

Investitionen von insgesamt 153,9 Mio. Euro im Doppelhaushaltsplan 2017/2018.

Nimmt man die Investitionen im Planungsansatz (zu diesen Mitteln später mehr) und die 140 Mio. EUR, dann reden wir von 300 Mio. EUR Investitionen in den nächsten beiden Jahren.

300 Mio. EUR für

a) Schulen, Schulsporthallen, Ausstattung insgesamt rund 126 Mio.€

- Sanierung BBS I & III, sowie Neubau BBS II
- Grundschule und Sporthalle Laubenheim
- Peter-Härtling-Schule,
- Sanierung Schloss-Gymnasium
- Sanierung IGS Anna-Seghers Bau D sowie Sporthalle IGS
- Gymnasium Oberstadt (3.BA)
- Grundschule Schillerschule
- Erweiterung der Grundschule Gleisberg
- Sporthalle Neustadt

b) Krippen, Kitas und Soziale Stadt insgesamt rund 42 Mio. EUR

- Krippe Hechtsheim, Finthen, Gonsenheim-Bruchspitze
- Kita Finthen-Römerquelle, Kita Altstadt, Kita Laubenheim, Kita Oberstadt, Kita HaMü, Kita Weisenau Großberg, Kita Bretzenheim-Süd, Kita Drais Erweiterung, Kita Ebersheim,
- JuZ HaMü, Hauptstraße Mombach. Aufwertung Wallaustraße

c) Maßnahmen des kommunalen Förderprogramms KI 3.0 über

insgesamt rund 30,9 Mio. EUR

- Bürgerhäuser Hechtsheim, Finthen, Lerchenberg, Kulturheim Weisenau, Töngeshalle Ebersheim
- VHS
- Rheingoldhalle

d) Straßen, Verkehrsinfrastruktur, Stadtentwicklung insgesamt rund 14,8 Mio. EUR

- Bahnstraße, Große Langgasse, Sicherung Fußgängerüberwege

e) Brandschutz Stadthaus, Umbau Gebäude C auf der Zitadelle sowie Umbau OV Laubenheim insgesamt rund 14,5 Mio. EUR

f) Feuerwehr insgesamt rund 23,7 Mio. EUR

- Integrierte Leitstelle
- Feuerwache I
- FFW Ebersheim, Weisenau, Finthen, Hechtsheim
- Feuerwehrhäuser in Draais und Mombach/Gonsenheim

Es sind zwar keine Investitionen, aber falls es den ein oder anderen interessiert, die Mittel zur Straßenunterhaltung wurden auch erhöht. Alleine die Höhe der Investitionen verdeutlicht die Bedeutung einer Haushaltseinbringung, denn schließlich bestimmt der Haushalt das politische und verwaltungsmäßige Handeln der nächsten zwei Jahre.

Um es gleich vorwegzunehmen, uns könnte es eigentlich sehr gut gehen; ausgeglichene Haushalte für die Stadt Mainz wären keine Utopie, wenn die Belastungen aus dem Sozialbereich nicht die Kommune erdrücken würden.

Zur sozialen Sicherung wenden wir geplant 255,2 Mio. EUR im Jahr 2017 auf und erhalten rund 100 Mio. EUR.

Der Zuschussbedarf der wesentlichen Hilfearten liegt im Bereich der Eingliederungshilfe mit geplant 28,4 Mio. EUR für 2017, der Hilfe zur Pflege mit 11,2 Mio. EUR, den Leistungen für Unterkunft und Heizung (Erstattung

Job-Center) mit geplant 34,5 Mio. EUR, der Hilfe für Asylbewerber in Höhe von 11,3 Mio. EUR und der Hilfe zur Erziehung über 21,2 Mio. EUR.

Soziale Leistungen (Haushaltsplan 2017/2018)

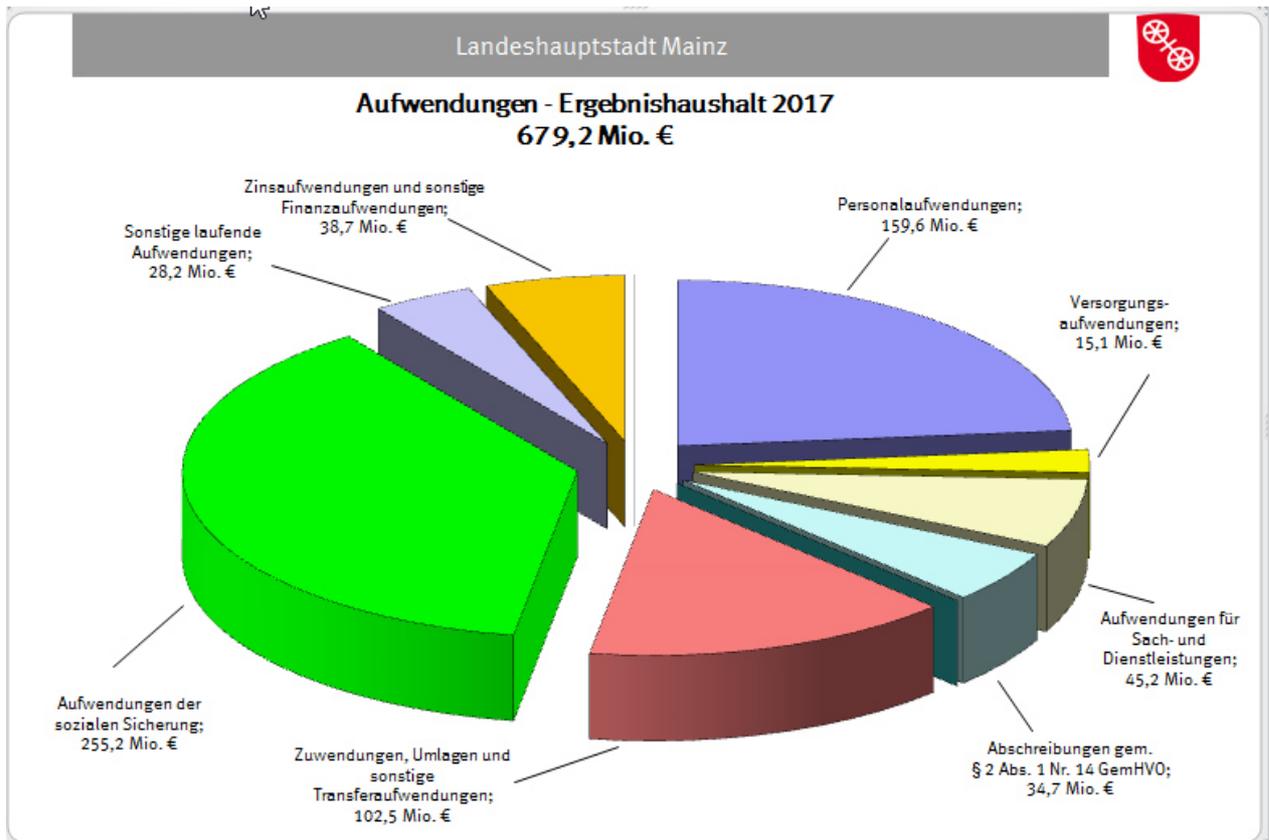
	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Erträge der sozialen Sicherung	73,6	87,6	99,6	100,8
Aufwendungen der sozialen Sicherung	214,8	238,0	255,2	259,6
Zuschussbedarf	141,2	150,4	155,6	158,8
abzgl. Schlüsselzuweisungen C	20,6	21,6	27,8	27,8
abzgl. Freiwillige Leistungen (Zuschüsse freie Träger, Mietpreisberatung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, etc.)	5,0	5,1	5,1	5,1
Belastung der Stadt Mainz	115,6	123,7	122,7	125,9

Zuschussbedarf der wesentlichen Hilfearten

	Ist 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Eingliederungshilfe	33,1	29,7	28,4	29
Hilfe zur Pflege	10,2	11,8	11,2	11,7
Leistungen für Unterkunft und Heizung (Erstattung Job-Center)	27,2	35,5	34,5	34,9
Hilfe für Asylbewerber	6,1	9,5	11,3	10,4
Hilfe zur Erziehung	20,4	18,9	21,2	22,3

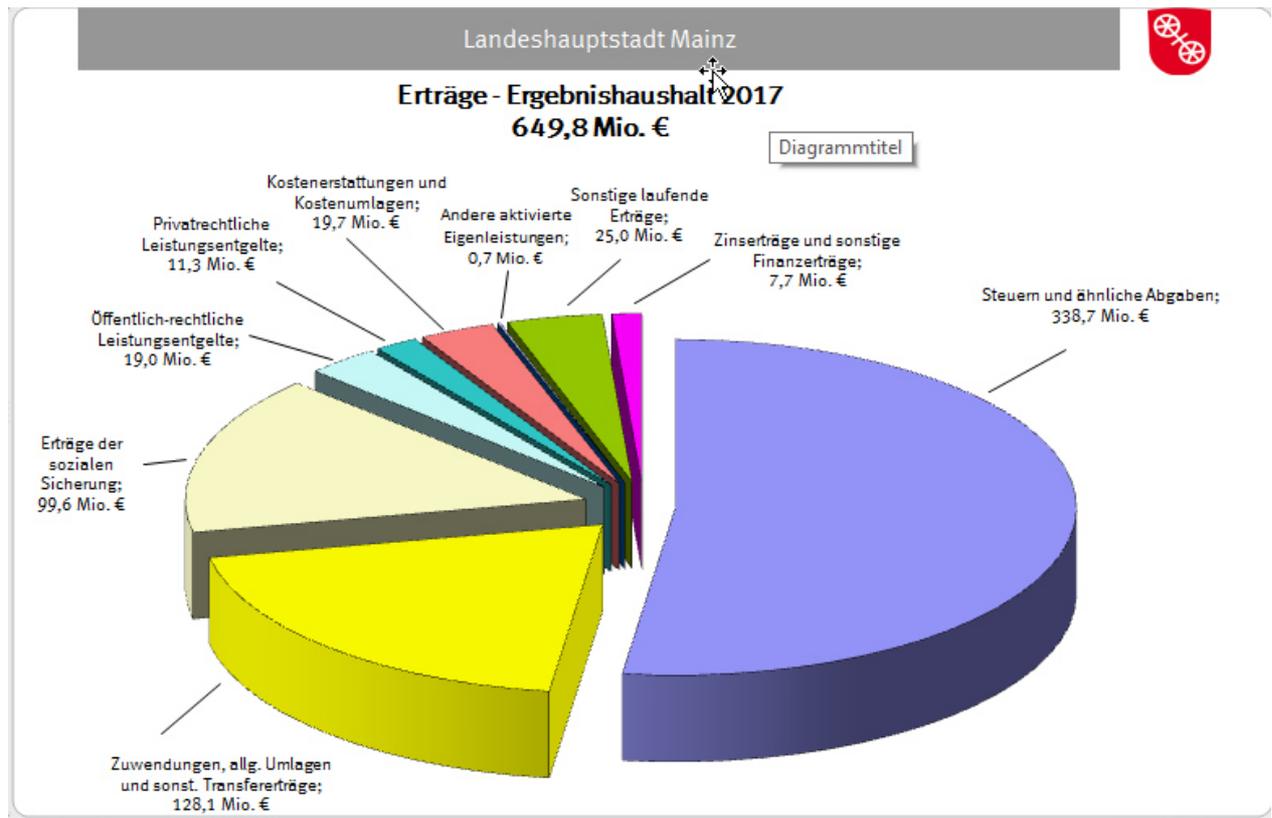
Unter Berücksichtigung aller Erstattungen bleibt eine Unterdeckung von rund 122 Mio. Euro. Das allein sagt eigentlich schon alles.

Trotz dieses Defizits ist der Haushalt geprägt durch Kontinuität und Bestandsschutz unserer öffentlichen Institutionen, kommunalen Einrichtungen, kulturellen und sozialen Initiativen. Und das ist bei diesen Rahmenbedingungen schon alleine eine Leistung.



Betrachten wir uns die Zahlen des Gesamthaushaltes, so stehen rund 680 Mio. EUR Aufwendungen rund 650 Mio. EUR Erträgen entgegen. Bei einer gerechten Gegenfinanzierung, hätten wir somit ohne Probleme einen ausgeglichenen

Haushalt.



Aber, und das ist derzeit der entscheidende Punkt, die Kommunen werden von diesen Belastungen unterschiedlich getroffen, der Bund will das aber nicht so sehen und argumentiert, „im Durchschnitt geht es den Kommunen doch sehr gut“....

Aber dann halte ich es mit dem ehemaligen Städtagspräsidenten, Christian Ude:

„Wenn Sie eine Hand auf die glühende Herdplatte legen und die andere in einen Eimer Eis... nützt Ihnen eine durchschnittliche Temperatur auch nichts.“

Die Stadt Mainz ist deshalb auch Mitglied des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“.

Am 27. April 2016 waren wir sogar Gastgeber der 6. Kommunalkonferenz des Aktionsbündnisses und somit auch Namensgeber der Mainzer Erklärung.

Das Bündnis initiierte nicht nur Debatten im Bundestag und Bundesrat, es erstellte eigens einen Clip für die sozialen Medien. Um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln zeige ich Ihnen einmal den kurzen Film. Das er in Wiesbaden produziert wurde, tut ja seiner Qualität keinen Abbruch....

⇒ **Kurzfilm Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“**

⇒ **<https://www.mainz.de/leben-und-arbeit/buerger-aktiv/aktionsbuendnis-wuerde-unserer-staedte.php>**

Das Aktionsbündnis ist ein parteiübergreifender und Landesgrenzen überschreitender Zusammenschluss finanzschwacher Kommunen, mit dem Ziel, den politischen Druck auf Bund und Länder zu erhöhen, damit das kommunale Finanzsystem neugeordnet wird. Seit Jahrzehnten versprechen Bund und Länder die Neuordnung des kommunalen Finanzsystems. Jedoch statt Zusagen einzulösen, werden den Kommunen ständig neue, zusätzliche Aufgaben per Gesetz zugewiesen. Für eine angemessene Gegenfinanzierung wird hingegen nicht gesorgt.

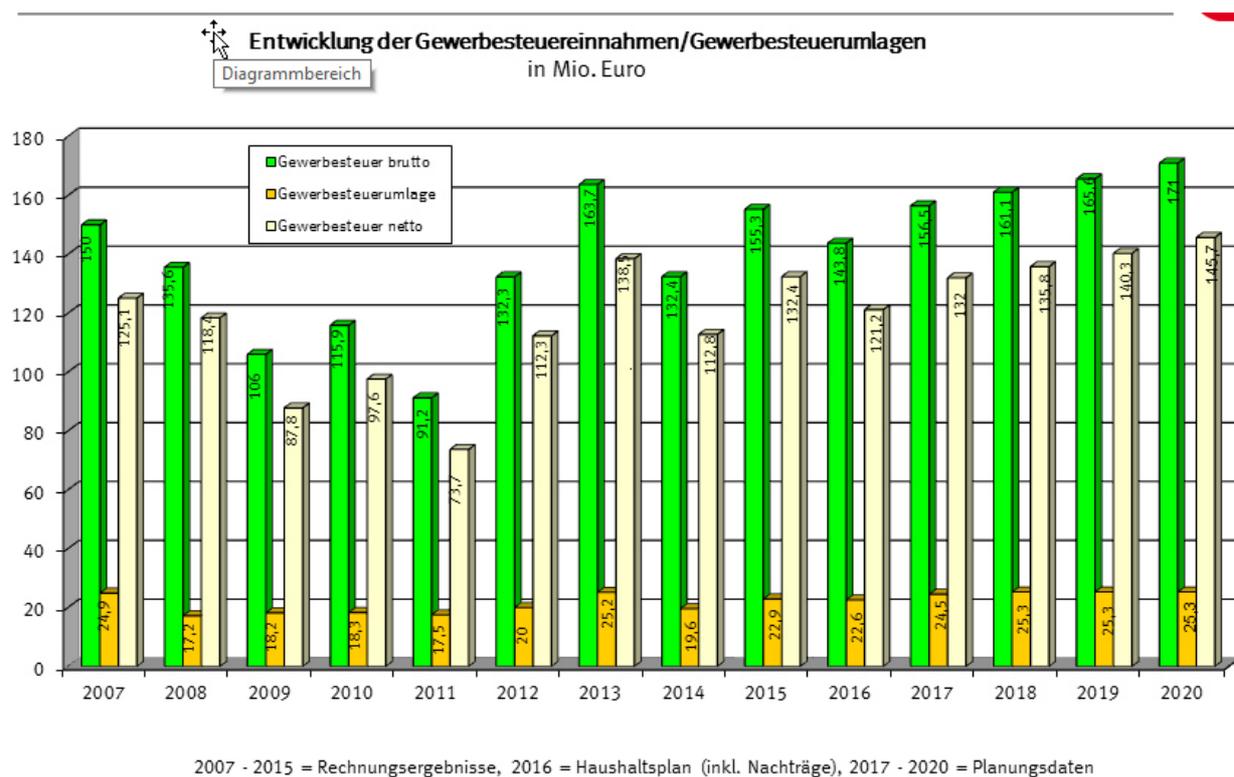
Dies erklärt im Wesentlichen die hohen Schuldenstände finanzschwacher Kommunen, zu denen auch die Landeshauptstadt Mainz zählt, und verdeutlicht gleichzeitig, wie nahezu unmöglich es ist, bei der aktuellen Finanzausstattung der Kommunen, den vorhandenen Schuldenberg abzutragen.

Wann ist der Zeitpunkt die Finanzbeziehungen neu zu ordnen wenn nicht jetzt, wo der Bund die schwarze Null wie eine Monstranz vor sich her trägt und die Wirtschaft am Laufen ist!?!?! Nicht Steuersenkungen als

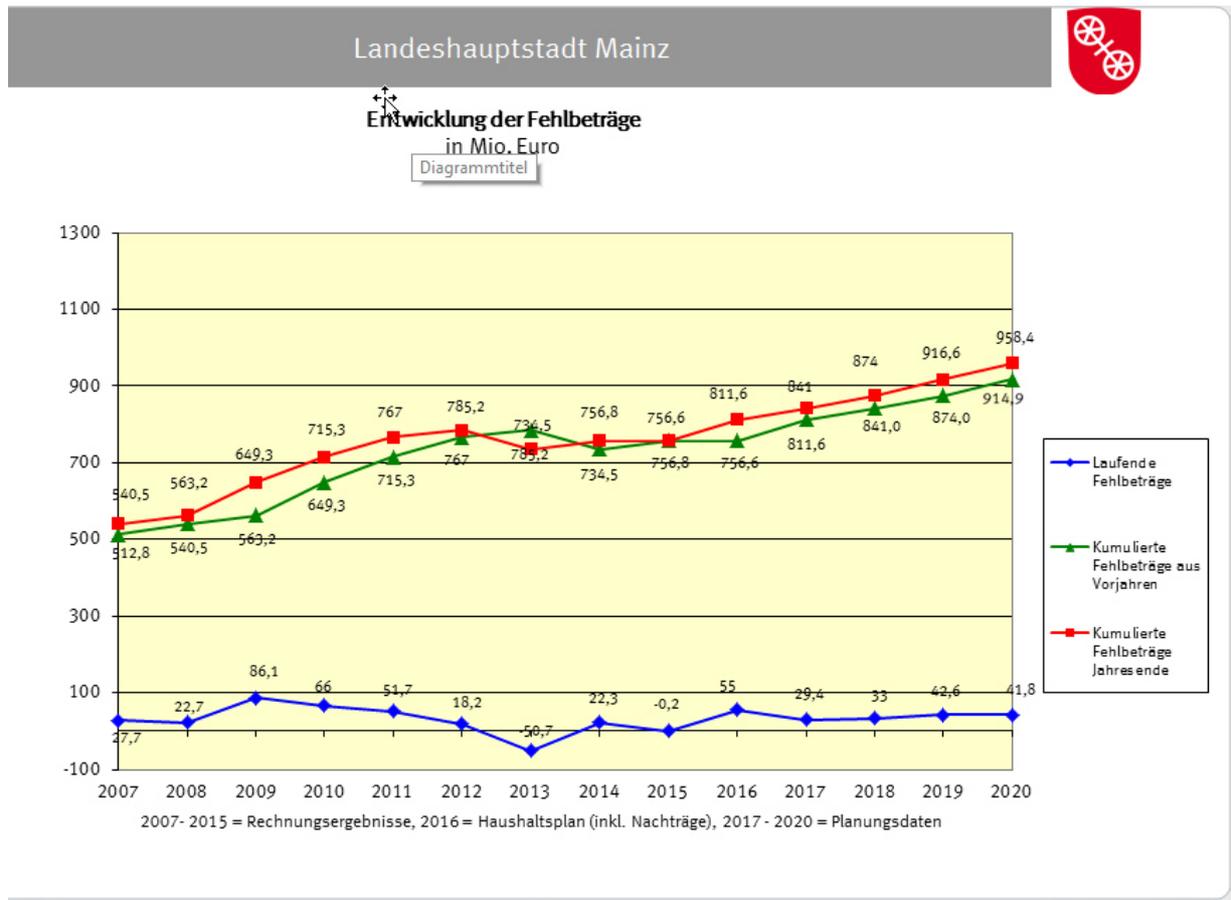
Wahlgeschenke, sondern strukturelle Veränderungen der Finanzbeziehungen zur Stärkung der Kommunen sind erforderlich. Das verhindert nämlich Steuererhebungen auf kommunaler Ebene, denn auf kommunaler Ebene kennt die Aufsichtsbehörde nur die Antwort: die Kommunen müssen den Spielraum für Steuern und Abgaben stärker ausschöpfen, was aber heißt das? Sollen wir die Grundsteuer B wie in Rüsselsheim mit 800 Hebesatzpunkten oder Langen in 2018 mit 1050 Hebesatzpunkten festsetzen?!? Oder sollen wir die Gewerbesteuer erhöhen mit all den sich daraus ergebenden negativen Folgen?!

Das wird es mit mir, und ich bin mir sicher, mit unserer Stadtspitze und der Mehrheit des Rates nicht geben.

Apropos Gewerbesteuer, wir liegen hier sehr gut und das drückt sich auch in der Prognose der Folgejahre aus... Diese Entwicklung dürfen wir nicht gefährden!



Dass die Finanzpolitik der Stadt Mainz nicht falsch liegt, zeigt das Abflauen der Kurve der Fehlbeträge aus Vorjahren:



Die Übersicht über die Entwicklung der Fehlbeträge zeigt, dass in den Jahren 2007 – 2010 die laufenden Fehlbeträge durchschnittlich ca. 50 Mio. EUR betragen. In den Jahren 2011 – 2015 lag der Durchschnitt bei 8,26 Mio. EUR.

Gut, die Opposition wird sagen, dass ist Zufall, dass dies mit der Amtszeit des Finanzdezernenten zusammenfällt.

Die signifikante Verbesserung des Haushaltsdefizits in diesem Zeitraum ist aber nun mal objektiv so

Der Oberbürgermeister hat bei der Einbringung des Personalhaushaltes darauf hingewiesen, wir laufen immer mehr Gefahr uns kaputt zu verwalten. Die Überregulierung ist mit eine Ursache für steigende Personal- und Sachausgaben. Die Beispiele der Kontrolle der Fahrstühle und die gesetzliche Neuregelung bei den Schornsteinfegern sind nur einige unrühmliche Beispiele.

Und wenn ich mir derzeit die Abwicklung unserer Förderprogramme ansehe, insbesondere das Kommunale Investitionsprogramm 3.0 – eigentlich gedacht finanzschwachen Kommunen schnelle Investitionen zu ermöglichen, so wird dieses Vorhaben auf der aufsichtsbehördlichen Ebene konterkariert. Mir soll niemand mehr erzählen, es gebe bei der Mittelbehörde keine Optimierungspotentiale mehr, eine derartige Zerfaserung von Zuständigkeiten, wie wir es derzeit erleben, verhindert effektives Handeln, verhindert schnelles Bauen, ist unwirtschaftlich und kostet den Steuerzahler Zeit und Geld. Hier sind die politisch Verantwortlichen dringend beraten sich für schlanke Strukturen und damit einer effizienteren Abwicklung von Förderprogrammen einzusetzen. Auch wir als Stadt stellen unsere Prozessabläufe permanent auf den Prüfstand und wir reagieren auch auf berechtigte Kritik.

So hat uns die ADD mit der Haushaltsverfügung zum Nachtrag 2016 zum ersten Mal die Kreditermächtigung drastisch reduziert. Hierauf haben wir reagiert.

Die neu eingerichtete Abteilung „Gebäude-Contracting“ hat die Einrichtung eines Haushaltsansatzes für Planungsleistungen der Investitionsprojekte vorgeschlagen und auch direkt für die Haushaltsplanung 2017/2018 umgesetzt. Alle neuen und noch nicht begonnenen Investitionsmaßnahmen

werden nicht mehr wie bisher in voller Höhe mit Pauschalen oder Kostenschätzungen in den Haushalt aufgenommen.

Ein zentraler Planungsansatz ermöglicht es uns künftig, zunächst die Planungen bis zur Kostenberechnung voranzutreiben und die Maßnahmen erst dann mit aussagefähigen Zahlen in den Haushalt einzustellen. Die Vorteile sind nicht nur realistischere, aussagekräftige Summen für jedes Projekt sondern auch die Reduzierung der Beschlussvorlagen für Bewilligung über- / und außerplanmäßiger Mittel. Hier spielt auch der Faktor Zeit eine gewichtige Rolle. Das ganze läuft haushaltsneutral ab, da die Planungsmittel später bei den Projekten aktiviert werden und diese Kosten bei den Planungsleistungen in Abzug zu bringen sind. Somit blähen wir den Investitionshaushalt und die Kreditermächtigungen nicht unnötig auf.

Auch an dieser Stelle gibt es anzumerken, dass es mit die langwierigen und zu sehr in die Tiefe gehenden Genehmigungsprozesse sind, die uns nicht die Investitionen schnell genug tätigen ließen und lassen. Zwei Jahre zur Genehmigung eines Schulbaus oder Schulumbaus sind inakzeptabel, aber leider Praxis, deshalb wird künftig nur noch das in Summe eingestellt, was absehbar auch gebaut werden kann. Der Planungsansatz berücksichtigt eine Investitionssumme in Höhe von gut 140 Mio. EUR für die nächsten Jahre. 4,2 Mio. EUR an Planungsmitteln haben wir für diese eingestellt.

Lassen Sie mich noch kurz bei der neuen Abteilung Gebäude-Contracting bleiben, deren Gründung hier im Rat anfangs doch teilweise skeptisch betrachtet wurde. Die Abteilung ist seit neun Monaten produktiv im Einsatz. In dieser Zeit konnten dort allein durch die Einführung des zentralen Nachtragsmanagements rund 1,1 Mio. EUR im Rahmen von Nachtragsüberprüfungen und Nachverhandlungen optimiert werden. Das

allein mit 53 Nachträgen in Höhe von rund 3,3 Mio. EUR, die fast ausschließlich aus dem Baubereich stammen.

Weitere Effekte für den Haushalt erhoffe ich mir langfristig aus dem Bereich Gebäude-Contracting durch deren Aufgabe, gemeinsam mit der GWM neue Standards im Bereich Bau und Bewirtschaftung zu definieren.

Wirtschaftlicheres Bauen im Hinblick auf die Lebenszykluskosten eines Gebäudes, wie auch eine effizientere und effektivere Bewirtschaftung der Gebäude sind – wie Sie wissen – ein nicht unmaßgeblicher Anteil der Kosten, die hier entstehen.

An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bei Marianne Grosse, der GWM und der Contracting Abteilung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken!

Wenn ich nun schon bei den Danksagungen bin, möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Stadtvorstandes, dem Amtsleiter für Finanzen, Beteiligungen und Sport, Herrn Stefan Garçon, seinem Stellvertreter, Herrn Stefan Mossel und allen anderen Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung, sowie auch den Beteiligten aus allen Fachämtern, herzlich für die konstruktive und effektive Zusammenarbeit danken.

Meine Damen und Herren, die Stadt Mainz wird sich weiterhin auf allen Ebenen für gerechtere Finanzbeziehungen einsetzen, um strukturelle Nachteile von Kommunen auszugleichen. Die Stadt Mainz leistet aber auch selbst weiterhin ihren Beitrag zu besseren, effizienteren und wirtschaftlicheren Verwaltungsstrukturen.

Die erfolgreiche Teilnahme am Entschuldungsfonds, die Bildung einer neuen Abteilung Gebäude Contracting, haushaltstechnische Veränderungen wie der Planungsansatz, der weitere Umbau unserer Konzernstruktur, Erhaltung der Ausschüttungsfähigkeit unserer stadtnahen Gesellschaften,

die Umsetzung des Masterplans sind nur einige Stichworte für unsere engagierte Finanzpolitik.

Unterstützen und begleiten Sie diese Politik zum Wohl unserer nachfolgenden Generationen, im Interesse unserer prosperierenden Landeshauptstadt und unserer wunderschönen Heimatstadt Mainz.